



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Bundesverwaltung

Cornelia Berger

Bundesgeschäftsführung
Deutsche Journalistinnen-
und Journalisten-Union
Bereichsleiterin Medien
und Publizistik

Telefon: 030.6956-0
Durchwahl: -2320
Mobil: +49160-152 88 27
Mail: cornelia.berger@verdi.de

www.rundfunk.verdi.de
Datum

09.01.2019

Ihre Zeichen
Unsere Zeichen

cobe

dju in ver.di • ver.di-Bundesverwaltung • 10112 Berlin

Heise Medien GmbH & Co. KG
Herrn Dr Volker Zota
Chefredakteur Heise online
Karl-Wiechert-Allee 10
30625 Hannover

vorab per mail an vza@heise.de

Sehr geehrter Herr Zota,

mit großer Irritation haben wir den Telepolis-Artikel zu den Gehaltshöhen in den Anstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom 4. Januar auf Heise online gelesen. Einmal abgesehen davon, dass da Äpfel mit Birnen verglichen werden, da weder die Struktur noch der Auftrag und Zweck der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit DAX-Konzernen verglichen werden können, strotzt dieser Artikel vor Halbwahrheiten und sachlichen Fehlern, sodass sich der Eindruck nicht vermeiden lässt, dass hier seitens eines privatwirtschaftlich organisierten Verlags bewusst Stimmung gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gemacht und auf die populistische Propaganda der Alternative für Deutschland aufgesprungen werden soll, in deren Grundsatzprogramm ausdrücklich die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gefordert wird - auch wenn der Autor diesem Eindruck in einem Update entgegen tritt. Ein Autor, der zugleich „Markt- und Börsenexperte“ des neurechten Lifestyle-Magazins Arcadi ist. Und der in seinem Update einräumt, dass der Begriff „Staatsfunk“ womöglich „etwas unglücklich“ gewählt sei, wengleich er in Klammern gesetzt worden sei.

Um es ganz deutlich zu sagen: der Begriff „Staatsfunk“ ist nicht zufällig unglücklich gewählt, sondern entspringt ganz klar der Terminologie einer Politik, die genau diesen als „Staatsfunk“ diffamierten Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk abschaffen will, wenn sie erstmal über die so genannten sozialen Medien und willfähige andere Plattformen wie in diesem Fall Telepolis genug Hass gesät hat, um dafür ausreichende Mehrheiten zu organisieren.

Wir verwahren uns gegen den Duktus und die aus unserer Sicht politisch höchst gefährliche Intention Ihrer Veröffentlichung. Wir möchten an dieser Stelle einige Fakten klarstellen, die mit genau dieser Intention einhergehen, nämlich der Zerschlagung des dualen Mediensystems in unserer Demokratie, das in Zeiten abnehmender Presse- und Meinungsvielfalt im Bereich der privatwirtschaftlich organisierten Medien unverzichtbar auch einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk braucht.

dju.

Grundsätzlich gilt: Die Gehälter der Beschäftigten und Freien beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk werden von den zuständigen Gewerkschaften, darunter der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) als Interessenvertretung mit den meisten Mitgliedern aus allen Berufsgruppen, ausgehandelt, sie sind also Ergebnis eines Interessenausgleichs zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten und damit der Tarifautonomie entsprechend Artikel 9 GG. Weder die Politik noch die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten haben an dieser Stelle mitzureden. Schaut man sich jedoch die öffentlich zugänglichen KEF-Berichte an, ist es falsch und irreführend, wenn der Autor ein Durchschnittsgehalt von 9400 Euro vorrechnet. Tatsächlich betragen die tariflichen Durchschnittsgehälter im ÖRR etwa 5400 Euro. Wenn Sie sich einmal vergewissern wollen, wie sich dieser auf unterschiedliche Berufsgruppen verteilt, finden Sie genaue Auskünfte über die Lohnspannen verschiedener Berufe auf dieser öffentlich zugänglichen Seite:

http://www.ard.de/home/die-ard/fakten/Gehaelter_und_Verquetungen_in_der_ARD/4127124/index.html

Zusätzlich zu den dort genannten Gehältern lassen sich beispielhaft noch weitere Durchschnittsgehälter nennen: So liegt das Brutto-Gehalt einer IT-Fachkraft im Bayerischen Rundfunk bei 6436 Euro, das eines Archivars im Südwestrundfunk bei 3501 Euro, ein Mediengestalter im WDR erhält 4100 Euro, Redaktion und Moderation im Deutschlandradio werden mit 6322 Euro vergütet. Das zeigt, dass der Telepolis-Artikel vollkommen an der Realität der Kolleginnen und Kollegen in den Rundfunkanstalten vorbeigeht.

Wenn wir dann nochmal zu den Äpfeln und Birnen zurückkommen wollen, so schauen Sie mal auf die anhängende Übersicht der TU München im Auftrag der Deutschen Schutzvereinigung (öffentlich zugänglich) für Wertpapierbesitz zur Analyse von Vorstandsvergütungen von DAX-Unternehmen im Vergleich zu den jeweiligen Durchschnittsverdiensten und plötzlich liegen die Gehälter im öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit 65.400 Euro im Bereich des Durchschnitts aller DAX-Unternehmen in Höhe von 67.000 Euro. Dagegen liegt das durchschnittliche Einkommen bei einem Medienunternehmen wie ProSiebenSat1 bei 97.000 Euro.

Ganz abgesehen davon liegen die ebenfalls kritisierten Vergütungen der Intendanten, die in die Durchschnittsberechnung der angeblichen Monatsvergütungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus dem Telepolis-Beitrag einbezogen sind, um die Faktoren 20 bis 30 unter den Vorstandsvergütungen der DAX-Unternehmen (die nicht zur Berechnung des Durchschnittsverdienstes der Mitarbeiter herangezogen werden). Die entsprechenden jährlichen Standardveröffentlichungen müssten einem Journalisten aus dem Fachgebiet des Herrn Heese bekannt sein und zeichnen ein deutlich anderes Bild vom Einkommens-Verhältnis zwischen öffentlich-rechtlichem Rundfunk und DAX-Konzernen, als er es mit seinem Artikel auf Telepolis darstellt.

Es macht sich natürlich immer leicht, gegen die Höhe der Renten beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu polemisieren, das schürt die Wut der „kleinen Leute“ mit Angst vor der Altersarmut erst so richtig. Wir wissen als Gewerkschaft um diese sehr begründeten Befürchtungen und setzen uns für eine bessere gesetzliche Rente ebenso wie die Aufwertung der Elemente betrieblicher Altersversorgung ein. Fakt ist bezogen auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk allerdings, dass Anfang der 80er Jahre, als viele der heute Beschäftigten, die demnächst in Rente gehen, bei ARD, ZDF und Deutschlandradio ihre berufliche Laufbahn begonnen haben, sich wegen dieser

Altersversorgung dafür entschieden und auf durchaus üppigere Gehälter bei den damals gerade entstandenen Privatsendern verzichtet haben. Wir sagen Pacta sunt servanda, haben aber nach der Kündigung der Altersversorgung durch ARD und ZDF eine große Reform der Altersversorgung mitgestaltet, bei der wir zugunsten der nachfolgenden Generationen, für deren Altersversorgung wir uns auch verantwortlich fühlen, einer geringeren Dynamisierung der Altersversorgung zugestimmt und damit 2017 eine Umstellung auf ein beitragsfinanziertes Rentensystem auf den Weg gebracht haben. Dies führt zu einer kapitalgedeckten Altersversorgung wie Sie Ihnen beispielsweise aus der Presseversorgung bekannt ist. Wollen Sie dazu mehr erfahren, finden sie hier öffentlich zugänglich umfassende Informationen: <https://rundfunk.verdi.de/tarife-honorare/altersversorgung>

Sie sehen: Der Markt- und Börsenexperte Viktor Heese hätte jede Menge Möglichkeiten gehabt, anhand öffentlich zugänglicher Informationen ein der Realität entsprechendes Bild von der Gehaltssituation im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu zeichnen. Zumal der Autor seit seiner ersten Veröffentlichung eines Artikels mit gleichem Titel und Duktus im Mai 2017 bei einem rechts-konservativen Arbeitgeberverband vor dem Angebot seines Textes bei Ihnen hätte weiter recherchieren können. Auch die Telepolis-Redaktion hätte sich vor Veröffentlichung vergewissern können, ob die präsentierten Darstellungen den Tatsachen entsprechen. Aber dann wäre die Story hinfällig gewesen. Eine Story, die demnach offenbar genau so gewollt war. Was außerordentlich bedauerlich ist und dem Heise-Verlag nicht gut zu Gesicht steht.

Als ver.di, die im Bereich Medien die Interessen von über 30.000 Kolleginnen und Kollegen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ebenso wie in Tageszeitungs- und Zeitschriftenverlagen (auch in Ihrem Haus) und im privaten Rundfunk vertritt, setzen wir darauf, die Gräben zwischen privatwirtschaftlich organisierten Medien und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu schließen anstatt die kannibalisierende Auseinandersetzung weiter zu schüren. Wir führen dazu regelmäßig auch Veranstaltungen durch, wo sich Kolleginnen und Kollegen wie zuletzt in Köln vom WDR, vom Deutschlandradio, von DuMont und RTL über ihre Arbeitsbedingungen austauschen und gemeinsam Pläne schmieden, diese zu verbessern. Zu einer solchen Veranstaltung laden wir Sie und die Beschäftigten des Heise-Verlags bei der nächsten Gelegenheit gerne einmal ein und erhoffen uns künftig auch Ihr Haus in der Reihe derer, die konstruktive Kritik an unserem Mediensystem und Ideen für dessen Zukunftsfähigkeit entwickeln und es nicht torpedieren.

Weil viele unserer Mitglieder unsere Irritation teilen, werden wir diesen Brief in unserer Mitgliedschaft verbreiten und auch online veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen,



Manfred Kloiber
Vorsitzender der ver.di-Fachgruppe Medien



Cornelia Berger
Leiterin der Fachgruppe Medien